

Fragen der SDW Hessen zur Landtagswahl 2023

Bitte senden Sie uns die Antworten in einem Word-Dokument und antworten Sie kurz und knapp, maximal 500 Zeichen pro Antwort. **BIS 17. SEPTEMBER!**

Frage W1: Welche Maßnahmen plant Ihre Landtagsfraktion, um einen drohenden Trinkwassernotstand in Hessen zu vermeiden?

Die verfügbaren Klimamodelle zeigen an, dass sich in den nächsten Jahren die Niederschlagsmengen und -häufigkeiten in Hessen verändern werden. Es kann zu selteneren, dafür heftigeren Niederschlägen kommen. Daran müssen wir uns bestmöglich anpassen. Um Überflutungen zu vermeiden und das Grundwasser zu stabilisieren, sollten Feuchtgebiete und Auenwälder renaturiert werden. Für die Trinkwasserversorgung muss die Infrastruktur ertüchtigt und erweitert werden, z. B. durch größere Reservoirs.

Frage W2: Können Sie sich vorstellen die rechtliche Grundlagen zur Erteilung wasserrechtlicher Genehmigungen zu verändern und ggf. wie?

Wir befürworten eine Gebühr für die kommerzielle Wasserentnahme. Wir befürworten die Einführung einer Abgabe für die industrielle Nutzung. Sie kann als Anreiz dazu dienen, in Wassersparmaßnahmen zu investieren. Angesichts der Wasserknappheit halten wir dies für eine sinnvolle Option.

Frage W3: Plant Ihre zukünftige Landtagsfraktion für Hessen eine entsprechende Abgabe und für welche Zwecke sollen die Einnahmen verwendet werden?

Ja, wir planen eine Abgabe für die kommerzielle Nutzung. Die Einnahmen können für Klimaschutz oder Klimaanpassung verwendet werden. Auch könnte diese Gebühr die Instandhaltung der Infrastruktur und den Bau größerer Reservoirs finanzieren.

Frage W4: Welche umgehenden Maßnahmen sieht Ihre künftige Landtagsfraktion für eine nachhaltige Verbesserung des Waldzustands im Hessischen Ried vor?

Die Waldschäden im hessischen Ried sind teils massiv. Es ist zu erwarten, dass eine einfache Aufforstung nach bekannten Methoden keinen nachhaltigen Erfolg haben wird, da sich das ohnehin trockene und sandige Ökosystem weiter verändern wird. Wir befürworten eine wissenschaftliche Studie, um erfolgversprechende Maßnahmen zu identifizieren.

Frage W5: Welche konkreten Umsetzungsschritte werden Sie einleiten um die Wassergewinnung im Hessischen Ried, aber auch dem Vogelsberg und dem Burgwald den durch den Klimawandel geänderten Rahmenbedingungen anzupassen?

Wir wollen Anreize schaffen, um die Wassergewinnung in diesen Orten auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren. Dazu zählen die erwähnte Abgabe für industrielle Wassernutzung. Gleichzeitig wollen wir über eine Renaturierung von Feuchtgebieten und Flussauen mehr Feuchtigkeitsspeicher aufbauen und dadurch die Oberflächengewässer und Grundwasserspiegel stabilisieren.

Frage FH1: Welche Initiativen beabsichtigt Ihre Partei in der kommenden Legislatur zu unternehmen, um eine bedarfsgerechte Erhöhung und nachhaltige Sicherstellung des Fördervolumens für Maßnahmen der Walderhaltung und des Waldumbaus zu erreichen?

Laut Umweltbundesamt wird aktuell ein zweistelliger Milliardenbetrag für Subventionen eingesetzt, die den Klimawandel verstärken. Wir beabsichtigen, diese klimaschädlichen Subventionen abzubauen und damit Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren, z. B. Aufforstung, Renaturierung und Katastrophenschutz.

Frage WH2: Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie bei der Landesforstverwaltung (Oberste und Obere Forstbehörden) und Landesbetrieb HessenForst wegen der auf Grund der Waldschadenssituation anfallenden Mehrarbeit zu ergreifen?

Wir planen einen Ausbau von Naturschutzgebieten und geschützten Kernflächen. In diesen sollten die Landesbetriebe in Zukunft weniger aktiv werden, wodurch die Mehrarbeit beherrschbar wird. Grundsätzlich kann die Forstwirtschaft einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, was zusätzliche Mittel rechtfertigt.

Frage WH3: Teilen Sie unsere Auffassung, dass es einer Verstärkung der oberen Forstbehörden zwecks Intensivierung der Beratung der nicht von HessenForst betreuten Waldbesitzer bedarf und braucht es nicht einer stärkeren Kontrolle des sachgerechten Einsatzes der staatlichen Fördermittel?

Ja, wir glauben, private Waldbesitzer müssen intensiver beraten werden, um die Möglichkeiten der Forstwirtschaft für den Klimaschutz möglichst weitgehend zu realisieren. Diese Beratung soll auf Evidenz basieren und wissenschaftliche Erkenntnisse der Forstwissenschaften berücksichtigen.

Frage WH4: Um die Verwendung von Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft für Baumaßnahmen nicht zu konterkarieren soll es nach unseren Vorstellungen keine weiteren Hiebsbeschränkungen mehr geben. Die Hiebssätze sind ohnehin durch die kalamitätsbedingten Substanzverluste gravierend geschmälert. Teilen Sie diese Auffassung und begründen Sie bitte Ihre Position.

Wir sehen die hessischen Wälder als wichtigen Rohstofflieferanten für die Bioökonomie und nachhaltiges Bauen. Die Entnahme muss jedoch den übergeordneten Geboten des Klima- und Artenschutzes genügen. Die Regelungen sollten von einer neutralen, wissenschaftlich arbeitenden Kommission festgelegt werden.

Frage WH5: Auch in Hessen steigt die Gefahr von großflächigen Waldbränden, Beispiele aus jüngster Zeit belegen dies (z. Bsp. Altkönig im Taunus). Bedarf es nicht einer besseren Ausstattung und Ausbildung der Feuerwehren sowie des Katastrophenschutzes um die neuen Herausforderungen von Vegetationsbränden stärker zu berücksichtigen?

Ein Ausbau des Katastrophenschutzes ist unserer Überzeugung nach eine unvermeidbare Notwendigkeit bei der Anpassung (Adaption) an den bereits stattfindenden Klimawandel. Gerade im Wald gibt es noch erhebliche Spätfolgen durch Bodenerosion nach Waldbränden. Zudem können durch präventive Maßnahmen Waldbrände deutlich reduziert werden.

Frage WH6: Die SDW setzt sich seit Jahren für die Intensivierung der Waldpädagogik und Umweltbildung im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung ein, um die Jugend noch stärker zu

sensibilisieren und für die Mitwirkung am Wald- und Umweltschutz zu motivieren. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen um diese Ziele zu erreichen?

Wir setzen uns ein für eine Aufnahme bzw. Stärkung der Umweltbildung mit Themen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes im Schulunterricht.

Frage WH7: Der Wald erbringt eine Reihe von gesellschaftlichen Leistungen (Klimaschutz, Wasserschutz, Erholung, Biodiversität etc.) für die der Waldeigentümer bisher keine oder nur eine geringe Honorierung erfährt. Wie können Sie sich eine Honorierung der sogenannten Ökosystemleistungen der Wälder konkret vorstellen?

Wir setzen uns für eine Vergütung von Ökosystemleistungen in der Land- und Forstwirtschaft ein. Dazu wollen wir klimaschädliche Subventionen umleiten. Bei der Vergütung von Ökosystemleistungen müssen messbare, wissenschaftlich geprüfte Erfolgskriterien angesetzt werden, z. B. eine Messung der Biodiversität, statt pauschalen Vergütungen.

(Thema: Vereinsheime von Jugendverbänden) Frage JWE1: Welche Unterstützungsmöglichkeiten (Energiekostenbeteiligung, Sanierungszuschüsse, Nachlass auf Verwaltungskosten, etc.) werden durch Sie in Zukunft initiiert?

Vereine und Jugendorganisationen des Umweltschutzes sollten z. B. bei der energetischen Sanierung besonders berücksichtigt werden. Dazu ist vor allem eine Reduktion des bürokratischen Aufwands für die Antragssteller wichtig, die idealerweise durch Digitalisierung der Vorgänge erreicht wird.

Frage JWE2: Für welche Möglichkeiten Ehrenamt zu stärken werden Sie sich einsetzen (z.B. mehr vergüteter Sonderurlaub, pauschale Ehrenamtsvergütung, Freizeitgutscheine, Übernahme der Teilnahmegebühren von Juleica-Schulungen, Ausbau der Juleica-Vergünstigungen, vergünstigte Bahntickets, Steuervorteile, ...)?

Ehrenämter stellen, gerade für junge Menschen, eine großartige Möglichkeit dar, zu lernen und an Herausforderungen zu wachsen. Ein ehrenamtliches Engagement ist ein wichtiges Element gesellschaftlicher Teilhabe und sollte möglichst nicht an finanziellen Hürden scheitern. Mögliche Beispiele wären Sonderurlaub für Fortbildungen und vergünstigter Zugang zum ÖPNV.

Frage JWE3: Wie werden Klimaschutzaktionen wie z.B. Baumpflanzungen unter Ihnen (finanziell) unterstützt/belohnt?

Ja, wir würden dies unterstützen. Mögliche Optionen wäre ein Budget für Klimaschutz, aus dessen Fördertopf die Setzlinge für Baumpflanzen bezahlt würden und generell eine Unterstützung bei Materialkosten und Versorgung der Helfer in gewissem Maße abgedeckt würde.

Frage J1: Wie stehen Sie dazu, dass Hess. Jagdgesetz stärker auf die Belange der Land- und Forstwirtschaft auszurichten und z.B. in § 1, Abs.2, Satz 2 sowie im § 21 den Vorrang für den Wald zu stärken?

Wir gehen davon aus, dass der notwendige Umbau unserer Wälder zur Klimaanpassung am besten durch ein koordiniertes Zusammenspiel von Land-,

Forstwirtschaft und Jagd realisiert werden kann. Hierzu müssen wissenschaftlich begründete Handlungsempfehlungen für alle Beteiligten erstellt und in entsprechenden Gesetzen und Regelungen implementiert werden.

Frage J2: Werden Sie sich dafür einsetzen, die Abschussplanung für Rehwild deutlich zu vereinfachen, indem diese Planung ganz abschafft und nur noch ein zahlenmäßiger Mindestabschuss festgesetzt wird, der auf eine weitere Differenzierung nach Geschlecht und Alter verzichtet?

Verbiss durch Rehwild stellt eine Gefahr für den Wald und seinen Umbau dar. Die Population sollte zum Wohl des Waldes aktiv kontrolliert werden. Eine Vereinfachung bei der Abschussplanung kann in Absprache aller Beteiligten sinnvoll sein und sollte grundsätzlich ermöglicht werden.

(Thema: Gutachten zu Forstschäden durch Rehe etc.) Frage J3: Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, diesen Gutachten mehr Bedeutung und Wirkung zu verschaffen und ihre Ergebnisse als verbindliche Vorgaben für die Abschussfestsetzung im Jagdrecht vorzusehen?

Diesen Vorschlag unterstützen wir. Durch eine Stärkung der forstwirtschaftlichen Gutachten kann sichergestellt werden, dass die Jagd zum Schutz des Waldes optimiert eingesetzt wird.

Frage J4: Werden sie sich dafür einsetzen, diesen Prozess im Sinne des Bürokratieabbaus zu straffen, und dabei den Grundeigentümern und den Gutachten der forstlichen Fachbehörden mehr Gewicht zu verschaffen?

Ja.

Frage J5: Werden Sie dieses Thema aufgreifen und werden Sie das Hess. Jagdrecht so ergänzen, dass die Jagdbehörden das Gesetz rechtssicher vollziehen können?

Wir hoffen durch einen konstruktiven Dialog aller Beteiligten die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung und einer Anstrengung von Gerichtsverfahren vermeiden zu können. Wenn alle Beteiligten sich auf das gemeinsame Ziel und rationale Kriterien einigen können, um den Wald und seine Tiere in einem guten Zustand zu erhalten, sollten sich viele Konflikte lösen lassen.

(Thema Wolf) Frage N1: Welche Maßnahmen und Initiativen unternehmen Sie zur Auflösung dieser Problematik?

Der Wolf kann durch seine Lebensweise einen wertvollen Beitrag zur Gesundheit unserer Wälder und zur Artenvielfalt beitragen. Wir setzen uns daher für eine Ausweitung von Schutzgebieten ein, in denen der Wolf streng geschützt ist. Landwirte sollen für Schäden unbürokratisch entschädigt werden.

(Thema: Zustand der Naturschutzgebiete verschlechtert sich) Frage N2: Wie geht Ihre Partei mit dieser Problematik um und wie werden Sie reagieren wenn Sie politische Verantwortung übernehmen?

Teile der hessischen Wälder sind unter anderem wegen mehrere trockener Sommer in einem schlechten Zustand. Die Einrichtung von Naturschutzgebieten und zusammenhängenden Natura-2000 Biosphärenreservaten hat in einigen hessischen

Gebieten einen sehr positiven Einfluss auf die Biodiversität gezeigt. Dies bedarf weiterhin einem wissenschaftlichen Monitoring, um die positiven Effekte optimieren zu können.

(Flächenverbrauch Städte vs. Landflucht) Frage N3: Wie interpretieren Sie diese gegenläufigen Entwicklungen und welche Ideen hat Ihre Partei hierzu?

Bei der Flächenplanung streben wir grundsätzlich eine Verdichtung von Städten und Siedlungen an, um den Flächenverbrauch zu reduzieren. Den ländlichen Raum wollen wir attraktiver machen durch eine bessere Anbindung, z. B. einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wie der Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bus- und Bahnstrecken.

(Änderung im hessischen Naturschutzgesetz) Frage N4: Wie beurteilen Sie diese Zielsetzung der Kompensationslenkung und was bedeutet dies aus Ihrer Sicht für die nachhaltige Forstwirtschaft in Hessen?

Durch die Änderung ist eine Beschleunigung bei der Ausweitung von zusammenhängenden Waldgebieten in Natura-2000-Gebieten zu erwarten, was aus unserer Sicht ein sinnvolles Ziel für Klima- und Artenschutz darstellt. Mittel- und langfristig wird das die Wälder stabilisieren und die Forstwirtschaft nachhaltig sichern.

Frage N5: Halten Sie die Nichtbeteiligung von Eigentümer und Nutzungsberechtigten bei der Aufstellung von naturschutzfachlichen Bewirtschaftungsplänen für sinnvoll und warum?

Wir finden, alle Beteiligten sollten gehört werden. Deshalb sind wir explizit für eine Beteiligung von Eigentümern und Nutzungsberechtigten. Diese haben eine lokale Perspektive und kennen die Gegebenheiten vor Ort genau. Ihre Einbindung sollte daher selbstverständlich sein, um dieses Wissen zu nutzen und in die Planung einbringen zu können.

Frage E1: Gibt es Ihrer Ansicht nach Ausschlusskriterien für den Einsatz von Windkraft im Wald und sieht Ihre Landtagsfraktion angesichts der Konfliktsituation zwischen Klimakrise einerseits und Krise des Natur- und Artenschutzes Lösungsansätze?

Der Klimawandel ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Daher messen wir dem Klimaschutz die höchste politische Priorität zu. Bei einem unkontrollierten Fortschritt des Klimawandels kämen große Veränderungen über unsere Wälder und Ökosysteme. Im Vergleich damit ist der Bau von Windkraftanlagen ein geringer Eingriff in die Natur.

Frage E2: Stimmen Sie der Position der SDW zur Ablehnung von Photovoltaikanlagen in hessischen Wäldern zu?

Grundsätzlich stimmen wir ihrer Position zu. Bereits bestehende Wälder sollten nicht für Solarparks gerodet werden. Wir brauchen Wälder als CO₂-Speicher und als Ökosysteme. Wir befürworten eine Ausweitung der Photovoltaik auf Dachflächen und bereits bebauten Gebieten, auf Parkplätzen zum Beispiel. Auch die Agri-

Photovoltaik, die Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen zur Nahrungsmittelproduktion und zur Solaren Stromerzeugung, befürworten wir.

Frage E3: Hält es Ihre künftige Landtagsfraktion für berechtigt, dass „Erneuerbare Energien“ im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegen sowie der „öffentlichen Sicherheit“ dienen und damit als vorrangige Belange gegenüber Natur- und Artenschutz, Landschaftsbild und Denkmalschutz in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden?

Der Klimawandel ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Daher messen wir dem Klimaschutz die höchste politische Priorität zu. Wir begrüßen ausdrücklich die Einstufung des Ausbaus von Solar- und Windkraft als Gegenstand überragenden öffentlichen Interesses. Wir gehen davon aus, dass durch wissenschaftliche Forschung und den technischen Fortschritt alle genannten Konflikte gelöst werden können.